Gian Enrico Rusconi

Berlusconismus ohne Ende?

Italien auf dem Weg zu einer Verfassungsreform

1. Berlusconi und seine Widersacher

Im Dezember 2009 hat sich einiges zugetragen, das uns die Möglichkeit eröffnet, das „Phänomen" Berlusconi und den Berlusconismus – verstanden als neuartige politische, soziale und kulturelle Formation – besser zu verstehen. Am 10. Dezember sprach Berlusconi auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in Bonn. Er skizzierte dabei die institutionelle Ordnung des italienischen Staates und seine persönliche Einschätzung, wobei ihm vor allem daran gelegen war, das falsche und verzerrte Bild von Italien, seiner Regierung und seiner Person zu korrigieren, das in seinen Augen im Ausland herrscht. Außerdem stellte er die Grundlinien einer groß angelegten Verfassungsreform vor, deren Bedeutung freilich von den versammelten EVP-Politikern nicht erkannt wurde.

Einige Tage später wurde auf Berlusconi nach einer Veranstaltung auf dem Mailänder Domplatz ein Anschlag verübt, der glücklicherweise ohne ernste Folgen blieb. Das spektakuläre Attentat löste eine Welle der Empörung aus, die nicht nur die Anhänger Berlusconis erfasste und damit sein Ansehen weiter stärkte. In Italien verbreitete sich das Gefühl, dass der Anschlag auf den Regierungschef Ausdruck eines gefährlich gespannten politischen Klimas sei, das unbedingt beruhigt werden müsse.

24 Stunden nach den Vorfällen von Mailand verabschiedete die Mitte-Rechts-Koalition den Haushalt für 2010, wobei sie diese Entscheidung mit der Vertrauensfrage verband und so jede Sachdiskussion unmöglich machte. Ein Vertreter der größten Regierungspartei zieh dabei die Opposition, „eine Hasskampagne" zu schüren, deren „Ziel es ist, das rechtmäßige Ergebnis der Wahlen" von 2008 „außer Kraft zu setzen". Berlusconi denkt genauso; er betrachtet sich als Opfer einer bösartigen Verleumdung und eines von der Justiz flankierten politisch-institutionellen Komplexes, der ihn auf jede nur denkbare (auch unrechtmäßige) Weise in seiner Freiheit beeinträchtige. Die Opposition wies diese Behauptung nicht nur zurück, sie ging ihrerseits zum

Angriff über und beschuldigte den *Cavaliere* und seine Mehrheit, die Regeln der Demokratie aushebeln zu wollen. Selten zuvor wurde der Meinungsstreit mit schärferen Waffen ausgetragen. Dessen ungeachtet, ja im krassen Gegensatz dazu, gab es schon bald danach Anlass zur Hoffnung, dass sich die Feindschaft zwischen Regierung und Opposition legen und einem gedeihlichen Klima weichen könne, ohne dass dies freilich bereits Konkretion gewonnen hätte.

2. Berlusconis Pläne für eine Verfassungsreform

Wie erklärt sich die Ambivalenz der Situation? Beginnen wir mit Berlusconis Rede in Bonn, mit der der italienische Regierungschef nicht nur seine Politik verteidigt, sondern einen schweren Angriff auf das politisch-institutionelle System gestartet hat. „Die Souveränität des Volkes", so Berlusconi, „liegt nicht mehr beim Parlament, sondern bei der Partei der Richter". Diese schwerwiegende Behauptung hat Staatspräsident Giorgio Napolitano dazu veranlasst, öffentlich sein „tiefes Bedauern und seine tiefe Besorgnis" über eine „heftige Attacke" auf eine staatstragende, in der Verfassung verankerte Einrichtung zu bekunden. Napolitano bezog sich dabei vor allem auf die Vorwürfe gegen den Verfassungsgerichtshof, der sich in den Augen Berlusconis fundamental gewandelt hat: Aus einem unabhängigen Organ zum Schutz des Staates sei ein politisches Organ geworden. Der *Cavaliere* zeichnete damit ein düsteres Bild der italienischen Justiz, in der eine Clique linker Richter den Ton angebe, die in schöner Regelmäßigkeit den Verfassungsgerichtshof anrufe, wenn das Parlament Gesetze verabschiede, die ihr nicht genehm seien.

Berlusconi meinte hier vor allem das Veto des obersten Gerichts gegen eine gesetzliche Regelung, die von der Regierungskoalition beschlossen worden war, um den Ministerpräsidenten vor den gegen ihn anhängigen Gerichtsverfahren zu bewahren, damit er sich mit ganzer Kraft den Regierungsgeschäften widmen könne. Indem er dieses Gesetz für verfassungswidrig erklärte, habe der Verfassungsgerichtshof die Souveränität des Volkes beschädigt. Das oberste Gericht handle so, behauptete Berlusconi, „weil elf seiner zwölf Richter der Linken angehören. Fünf sind links, weil sie vom Staatspräsidenten ernannt worden sind, und wir haben leider drei linke Staatspräsidenten nacheinander gehabt." Dennoch, so der *Cavaliere* weiter,

> „bin ich immer freigesprochen worden. Es bekennt sich nämlich nur ein Teil der Richter zur Linken, während die

Richter im zweiten und dritten Glied, wie in anderen Ländern, wahre Richter sind. Das ist die Situation, die man kennen muss, denn die ausländischen Zeitungen stellen die Lage in Italien ganz anders dar."

Der italienische Regierungschef hat in Bonn also die höchsten Instanzen des Staates angegriffen – öffentlich und vor den Augen zahlreicher Abgeordneter aus ganz Europa. Berlusconi ging es dabei nicht nur darum, seinen Interessenkonflikt ein für allemal der politischen und öffentlichen Debatte zu entziehen oder sein umstrittenes Monopol im Privatfernsehen und seine privaten Affären vergessen zu machen. Ihm lag auch nicht nur daran, die alte Konfrontation mit der als kommunistisch diffamierten Linken fortzusetzen. Es ging ihm um mehr, nämlich um eine Veränderung der demokratischen Spielregeln mit dem Ziel, ein Präsidialsystem zu schaffen. Er zielte, mit anderen Worten, auf eine Revision der Verfassung.

Allerdings haben bisher weder die Regierung noch die Regierungsparteien ein umfassendes Reformprogramm vorgelegt, das – nach den Vorgaben der Verfassung – mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet werden müsste. Die diesbezüglichen Aktivitäten beschränken sich lediglich auf einige Initiativen, die sich auf die innere Organisation des Justizwesens (Trennung der Karrieren von Staatsanwälten und Richtern) und auf die Zusammensetzung der großen Justizorgane wie des *Consiglio superiore della magistratura* – des Obersten Rats der Justiz – und des Verfassungsgerichtshofs beziehen.

3. Berlusconi und das informelle Präsidialsystem

Parallel dazu beabsichtigen Regierung und Regierungsparteien, die Gewichte im politischen System zu verlagern, und zwar hin zur Exekutive, die von einem „Premier" dominiert wird, der vom Volk gewählt und deshalb der exklusive Hüter der Volkssouveränität ist, während das Parlament nur noch eine Funktion haben soll: die Regierung zu unterstützen. Weil dies leichter gesagt als getan ist, versucht man, sich dem großen Ziel mit kleinen Schritten in der praktischen Regierungsarbeit zu nähern. Aus diesem Grund ist es auch nicht übertrieben, von einem informellen Präsidialsystem zu sprechen, das von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament begünstigt wird. Zurzeit erschöpft sich der wirkliche oder angebliche Dezisionismus Berlusconis freilich in einer Flut von Verordnungen und in der Suche nach Schlupflöchern im bestehenden Verfassungsgefüge,

um Reformvorhaben wie die Stärkung der Regionen voranzutreiben, die der Mitte-Rechts-Mehrheit teuer sind.

Diese Entwicklung bestätigt die These von der schleichenden „Mutation der italienischen Demokratie"; sie muss allerdings weiter präzisiert und problematisiert werden. Spezifische Fragen dieser Art beziehen sich auf die Konsistenz des Konsens, der Berlusconi trägt, auf das Wesen des Populismus, der charakteristisch für ihn ist, auf die Herausbildung einer neuen politischen Klasse, auf die Wandlungsprozesse des Parteiensystems sowie auf die Verfasstheit und Robustheit der Zivilgesellschaft angesichts der Herausforderung der Politik.

Unbestreitbar ist mittlerweile, dass Berlusconi mehr als eine zufällige oder exzentrische Episode ist, wie es noch vor kurzer Zeit den Anschein haben konnte – eine Episode, die von der europäischen Presse mit amüsierter Skepsis und einer gehörigen Portion Gedankenlosigkeit auf eine nicht näher bestimmte mentale Disposition der Italiener zurückgeführt wurde. Berlusconi ist Realität und muss ernst genommen werden. Verabschieden sollte man sich auch von dem allzu simplen Bild von Berlusconi als „Medienverführer", der seine Macht seinem immensen Reichtum und seinem privaten Fernsehimperium verdankt, das er einsetzt, um die italienische Gesellschaft zu täuschen und einzulullen. In die Irre führt schließlich, wenn man den Berlusconismus als Variante des Mussolinismus/Faschismus präsentiert oder ihn in die Nähe antidemokratischer Strömungen rückt. Der Berlusconismus gehört in das Spektrum demokratischer Politik und muss in seiner Besonderheit studiert werden.

4. Berlusconismus als demokratischer Populismus

Unter Berlusconismus versteht man im Allgemeinen mehr als die herausragende Position Silvio Berlusconis, der eine politische Bewegung im Leben gerufen hat und unangefochten führt, die sich mittlerweile nicht mehr *Forza Italia* sondern *Popolo della Libertà* (PdL) nennt, in der auch die alte *Alleanza Nazionale* aufgegangen ist. Berlusconismus – das ist der organisatorische Ausdruck einer jüngst entstandenen Mitte-Rechts-Kultur, die von neuen Berufspolitikern und Veteranen des alten Parteiensystem (Ex-Christdemokraten, Ex-Sozialisten, Ex-Postfaschisten) getragen wird. Der PdL ist keine Partei im eigentlichen Sinn des Wortes. Er erscheint als eine Agglomeration von Wählern und Funktionären, die außer der Fixierung auf den Parteichef wenig gemeinsam hat. Bei Wahlen erzielte der

PdL 35 bis 37 Prozent der Stimmen, was etwa dem entspricht, was seine Vorläufer *Forza Italia* und *Alleanza Nazionale* an Wählerzuspruch zu mobilisieren vermochten.

Die Führungsmannschaft des PdL denkt schon jetzt an die Zeit nach Berlusconi, kann aber auf den *Cavaliere* noch nicht verzichten. Sie ist fest entschlossen, das Erbe von Berlusconi zu bewahren, statt es zu teilen. Sie schart sich um Berlusconi, leugnet die Existenz seines – in der europäischen Öffentlichkeit skandalisierten – Interessenkonflikts und verteidigt ihn mit Zähnen und Klauen gegen „die Verfolgung durch linke Richter". Ohne die bedingungslose Unterstützung durch seine Partei und die *Lega Nord* hätte Berlusconi die schwere Imagekrise vom Sommer 2009 nicht überstanden, auch könnte er nicht mit so viel Selbstvertrauen auftreten. Die Geschlossenheit der eigenen Reihen resultiert vor allem aus der Tatsache, dass Berlusconi einen Elitewechsel bewirkt hat – und zwar nicht nur in der politischen Klasse, sondern in der ganzen Gesellschaft – und dass diejenigen, die davon profitiert haben und in leitende Positionen aufgestiegen sind, ihm die Stange halten.

Schwieriger ist es, Berlusconis Wähler zu charakterisieren. Sie rekrutieren sich aus der gesamten Gesellschaft, nicht nur aus der Mittelschicht, die traditionell rechten oder gemäßigten Parteien zuneigt, und nicht nur aus den Selbstständigen. Berlusconi wird auch von Arbeitern und anderen kleinen Leuten gewählt. Oder anders gesagt: Der PdL stützt sich nicht nur auf die Wohlhabenden, die ihre Privilegien und ihren sozialen Status verteidigen, sondern auch auf diejenigen, die sich – welcher Schicht sie auch angehören mögen – wirtschaftlich und sozial benachteiligt und gefährdet fühlen. Sie setzen auf Berlusconi und glauben ihm, wenn er verspricht, den Status quo zu verändern, die zahllosen legalen Fesseln zu sprengen, die den Schwung der Tüchtigen hemmen, das Steuersystem und die Justiz zu entbürokratisieren und die Kompetenzen der Regionen und Kommunen zu stärken. Parallel dazu verlieren zunehmend mehr Menschen die Hoffnung, dass sich ihre Lage verbessern würde, wenn eine wie auch immer definierte Linke an die Macht käme. Vor diesem Hintergrund ist der Berlusconismus tatsächlich die Antithese zu allem, was die Linke an Attraktion zu entfalten vermag.

Wie aber lässt sich das Spezifische des Berlusconismus beschreiben? Am besten eignet sich dafür der Begriff des demokratischen Populismus, der mitnichten originell ist und im Übrigen auch – mit Blick auf den gängigen Gebrauch – differenziert

werden muss. Das beginnt schon bei der Definition von Volk, das im Verständnis von Berlusconi mit dem Wählervolk gleichgesetzt wird, letztlich aber nur die Mehrheit der Wähler umfasst, die den Volkssouverän verkörpert, der auch die Verfassung beliebig verändern kann. Wahlen sind so nicht einfach nur Wahlen. Sie werden medial als Plebiszite inszeniert, stehen ganz im Zeichen zugespitzter Personalisierung und gewinnen im Grunde verfassunggebende Bedeutung. Hinter den Wahlversprechen, etwas zu „verändern" und zu „erneuern", steckt also nichts anderes als die Absicht, die Verfassung umzudeuten und sie nicht mehr als Referenzpunkt der konkurrierenden politischen Kräfte zu begreifen. Demokratisch sind am demokratischen Populismus nur noch die Wahlen, deren Ergebnisse alles zu legitimieren scheinen, auch eine entgrenzte Selbstbedienungsmentalität, die es dem Gewinner erlaubt, sich das zu nehmen, was er will.

Das zweite Charakteristikum des demokratischen Populismus besteht in der direkten Beziehung von Wählerschaft und *Leader*, dem charismatische Eigenschaften zugeschrieben werden. Das Parlament verliert demgegenüber an Bedeutung, auch wenn seine traditionelle Rolle als Ort der Diskussion und Gesetzgebung offiziell nie bestritten wird. Viele Abgeordnete des PdL verhalten sich aber jetzt schon wie Vertreter des *Leaders*, auf den sie sich im Übrigen auch in ihrer Wahlwerbung explizit berufen.

Berlusconis Wahlvolk ist äußerst heterogen und bildet sich nicht entlang der traditionellen Spannungslinien in der italienischen Gesellschaft. Dabei hat die soziale Schichtung ihren Klassencharakter nicht verloren, sie ist nur sehr viel komplexer geworden. Das liegt an den Unterschieden bei Einkommen und Arbeitsverhältnissen, an der Diversifizierung der Lebens- und Konsumstile sowie an der Vielfalt der Selbstbilder. Es ist aufschlussreich, dass Berlusconi nie von sozialen Schichten und Klassen, sondern immer von „vom Glück begünstigten oder vom Pech verfolgten Bürgern", von „Privilegierten und Benachteiligten" spricht und dass die unteren Schichten in seinen Augen aus denen bestehen, die „zurückgeblieben" sind. Soziale Homogenität stellt sich nur in der Unmittelbarkeit der Beziehung zwischen *Leader* und Wahlvolk her, erweist sich aber bei näherer Betrachtung als reine Erfindung.

Wie das amerikanische und französische Beispiel zeigt, gibt es auch im dortigen Präsidialsystem eine unmittelbare Beziehung zwischen Wahlvolk und Präsident, die populistische Züge

gewinnen kann. Der Unterschied ist nur, dass es in Italien kein Präsidialsystem gibt und dass sich Berlusconi die Präsidentenrolle trotzdem anmaßt. Man kann deshalb in Berlusconis Regierungsstil auch eine Art informelles Präsidialsystem sehen, das auf leisen Sohlen daherkommt, aber dennoch eine Bedrohung der Verfassung darstellt – auch wenn Berlusconi sich auf das Wahlvolk beruft.

In diesem Sinne führt es nicht wesentlich weiter, mit Blick auf Berlusconi von Medien- oder Fernsehpopulismus zu sprechen. Abwegig ist auch die Behauptung, in Italien gebe es eine Art Mediendiktatur, hier sei die Meinungsfreiheit in Gefahr. Gewiss, das öffentlich-rechtliche Fernsehen wird von der Regierung Berlusconi in einer Weise beobachtet und überwacht, dass die objektive Berichterstattung darunter leidet. Ähnliches geschieht aber auch anderswo. In Italien gibt es nach wie vor kritische Fernsehprogramme, die auch ihr Publikum finden, ganz zu schweigen von den großen Tageszeitungen, die nicht zögern, die Regierung aufs Korn zu nehmen. Allerdings nutzen viele Redakteure diese Spielräume nicht mehr. Die Zahl derer wächst, die eine Schere im Kopf haben. Ton und Stil vieler Kommentatoren, die sich mit Berlusconi befassen, haben sich grundlegend geändert.

5. Berlusconi und die Justiz

In ganz ähnlicher Weise hat Berlusconi mit Blick auf die Justiz Punkte gemacht. Er hat so etwas wie den nationalen Notstand erklärt und dabei seine Erfahrungen mit der Justiz generalisiert: Ineffizienz der Gerichte, die viel zu langsam arbeiten, Einsatz fragwürdiger Methoden, wobei insbesondere das ausufernde Abhören von Telefonaten vor amtlichen Ermittlungen gemeint ist, und vor allem die Politisierung der Richter. Auch unabhängige Beobachter und selbst politische Gegner Berlusconis räumen mittlerweile ein, dass bei der italienischen Justiz vieles im Argen liegt. Die Einsicht, dass hier etwas geschehen muss, wächst, ohne dass dies freilich bereits zu konkreten, von allen Parteien akzeptierten Reformprojekten geführt hätte. Denn die Parteien misstrauen einander, und jede Seite unterstellt der anderen, die Justiz für ihre Zwecke missbrauchen zu wollen.

Eine der fixen Ideen von Berlusconi und seinen Mitstreitern bezieht sich auf die Staatsanwälte, die nach ihrem Dafürhalten die Gerichtsverfahren dominieren. Der Regierungschef will ihre Rechte beschneiden und die Staatsanwälte in „Anwälte der

Anklage“ verwandeln, die ähnliche Rechte und Pflichten haben sollen wie die Verteidiger, deren Kompetenzen gestärkt werden sollen. So seien eine Art Waffengleichheit zwischen den streitenden Parteien und gerechte Urteile sicherzustellen, während das jetzige System den Kläger begünstige und zu schwerem Missbrauch führe, wie jeder sehen könne. Die neuen „Anwälte der Anklage“ sollten einen eigenen Berufsstand bilden, mit eigenen Zugangsregeln, eigenen Karrierewegen und mit einem eigenen *Consiglio superiore*.

Die Kritiker dieses Vorschlags stammen aus der linksliberalen Richterschaft. Sie fürchten, dass ein separater Berufsstand der neuen Staatsanwälte zu einer unzugänglichen, jeder Kontrolle enthobenen Kaste mit eigenen politischen Zielen degenerieren oder, noch schlimmer, zu einem willfährigen Organ der Regierung mutieren könne. Dass dies ernste Gefahren für die Demokratie heraufbeschwören müsse, liegt für Berlusconis Kritiker auf der Hand, die außerdem meinen, die Stärkung der Verteidiger, die künftig auch zu eigenen Ermittlungen befugt sein sollen, würde die gesamte Rechtsprechung umstürzen und erschweren. Und schließlich missfällt ihnen auch das Vorhaben, der Polizei die Möglichkeit einzuräumen, ohne richterlichen Beschluss Ermittlungen aufzunehmen. Letztlich sehen Berlusconis Widersacher in seinen Plänen zur Justizreform nichts anderes als den Versuch, die Staatsanwaltschaften zu schwächen, die in ihren Augen gerade in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet und dabei auch die Regierung in die legitimen Schranken gewiesen hätten. Berlusconi und sein Gefolge teilen diese Ansicht nicht. Ihrer Meinung nach haben die Staatsanwälte nur Schaden angerichtet, und zwar vor allem deshalb, weil sie die Justiz politisiert und die wirtschaftlichen Leistungsträger des Landes durch zweifelhafte Verfahren eingeschüchtert hätten. Ein Kompromiss ist nicht in Sicht: Alle Vorschläge zur Steigerung der Effizienz und zur Gewährleistung ausgewogener Urteile werden fast ausschließlich unter parteipolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Sachargumente haben dagegen keine Chance.

6. Schlußbetrachtung

Die „Mutation der Demokratie“, die in Italien zu beobachten ist, resultiert nicht nur aus den Plänen einer Person oder einer Partei. Der Berlusconismus ist ein Symptom der Krise des Parteiensystem nach dem Zusammenbruch der sogenannten Ersten

Republik und die Antwort auf diese Krise, wobei man sich hüten sollte, eine fundamentale Krise der Demokratie daraus zu machen. Gleiches gilt für den demokratischen Populismus mit seinen plebiszitären, medial verstärkten Begleiterscheinungen. Auch er ist eine Antwort und ein Ersatz für die Defizite der repräsentativen Demokratie und der Entscheidungsschwächen der Regierung, die daraus resultieren.

Über diesbezügliche Reformen wird seit Jahren erfolglos diskutiert, weil sich nicht nur die oppositionelle Linke sondern auch die kleinen gemäßigten Parteien der Mitte solchen Plänen widersetzen. Dabei ist klar, dass das Projekt, die Regierung mit größeren Kompetenzen auszustatten, immer größere Zustimmung findet. Berlusconis Erfolg hat auch mit solchen Erwartungen zu tun; viele setzen darauf, dass seine Regierung klare und rasche Entscheidungen trifft und sich anders verhält als frühere Regierungen (die von Romano Prodi inbegriffen), die als Gefangene divergierender Interessen und Parteiegoismen wie gelähmt waren. Unnötig zu sagen, dass hier auch der Trend zum informellen Präsidialsystem seinen Ursprung hat.

Kann man deshalb aber schon von Postdemokratie sprechen, wie manche es tun? Solche Schlagworte sollte man schon deshalb vermeiden, weil man in Italien bereits seit Jahrzehnten die Krise der Demokratie beschwört: „Blockierte Demokratie", „Demokratie ohne Wechseloption" oder, um einen Begriff von Norberto Bobbio zu zitieren, „Akklamationsdemokratie". Was hat man sich nicht alles einfallen lassen! Vor nicht allzu langer Zeit war überall die Klage zu hören, die Parteien würden den Bürgern jede demokratische Partizipationsmöglichkeit rauben. Jetzt heißt es hingegen, die früheren Defizite seien nichts im Vergleich mit den heutigen. Man staunt und fragt sich: Handelt es sich um eine irreversible Akkumulation von alten Strukturfehlern, die nicht rechtzeitig behoben wurden, oder um etwas qualitativ Neues, um eine Art Quantensprung, der aus neuen Entwicklungen resultiert, die in allen fortgeschrittenen Gesellschaften zu beobachten sind und in der Regel wie eine Litanei heruntergebetet werden: Globalisierung, Post- und Deindustrialisierung, Niedergang der Arbeiterbewegung, Prekarisierung der Arbeit, Omnipräsenz der Medien, Ethnonationalismus und Populismus und so weiter und so fort.

Aber warum haben die globalen Entwicklungen nur in Italien einen Berlusconi hervorgebracht? Waren Berlusconis Medienmonopol und die Vermischung privater und öffentlicher Interessen der Grund oder das Resultat der Implosion des alten

Parteiensystems, die ganz andere und viel schwerwiegendere Ursachen hatte? Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen gilt es vor allem, zweierlei im Auge zu behalten: zunächst die Renaissance und Attraktivität des Begriffs Volk im Sinn von Wählervolk, das einen *Leader* wählt und damit an die Stelle der Nation oder einer Ethnie tritt. Die Wählerdemokratie wird in diesem Sinne zur Demokratie an sich. Je mehr sich in modernen ausdifferenzierten Gesellschaften die traditionellen Klassengrenzen verwischen, desto leichter lässt sich pauschal vom Volk sprechen, das seine Interessen am besten dadurch wahre, dass es sich seinem *Leader* anvertraue. Hinzu kommt, dass das „Volk, das die Wahlen gewinnt", in den Augen des *Leaders* jederzeit in der Lage ist, die Verfassung zu modifizieren. Das so definierte Volk tritt also an die Stelle des souveränen Staatsvolks (demos) als Fundament der Demokratie. Trifft das alles zu, erübrigt sich die Diskussion über die These von der Postdemokratie. Italien erlebt vielmehr eine Mutation des Konzepts des Staatsvolks in seinem ursprünglichen Sinn.

Nicht weniger wichtig ist – zweitens – die Überlegung, die sich auf den Begriff Zivilgesellschaft bezieht, der häufig bemüht wird, um die Anomalie Italiens und das Phänomen Berlusconi zu beschreiben. Viele Beobachter sprechen dabei von einer Kluft zwischen dem politischen System, das ineffizient und fehlerhaft sei, und der Zivilgesellschaft, die sich als vital und reich an Ressourcen erweise. Vor allem viele Linke berufen sich auf die Zivilgesellschaft als wirkungsvolles Gegengewicht zum politischen System, das seinen Ausdruck heute im Berlusconismus finde.

Ob das so ist, darf freilich bezweifelt werden. Viele soziale und politische Fehlentwicklungen kommen nicht von außen, sondern aus der Mitte der Gesellschaft; man denke nur an die Komplizenschaft mancher Milieus mit Mafia und *Camorra*, an die weit verbreitete Absenz von Bürger- und Staatssinn, an antisolidarisches Verhalten und latenten Rassismus – alles Gründe um die künstliche Scheidung von Zivilgesellschaft und politischem System aufzugeben.

Richtig ist nämlich das Gegenteil. Der Berlusconismus ist selbst Ausdruck der Zivilgesellschaft. Oder anders gewendet: Der Berlusconismus antwortet auf die Zerklüftung und Desorientierung der Gesellschaft mit der Bildung einer neuen soziokulturellen Formation, die sich anschickt, das politische System zu dominieren. Der politischen Linken, die das bestreitet, muss in Erinnerung gerufen werden, dass sie selbst jahrelang

fast gebetsmühlenartig forderte, die italienische Zivilgesellschaft brauche eine „Politik nahe bei den Menschen“ und politische Führer, die nicht Gefangene von Machtspielen, sondern fähig seien, große Entscheidungen zu treffen, das politische System zu reformieren und den innerparteilichen Streit beizulegen. Berlusconi ist angetreten, um diese Forderungen zu erfüllen – und er macht Ernst damit. Seine Antworten mögen falsch sein, aber man steht auf verlorenem Posten gegen ihn, wenn man sich auf eine idealisierte Zivilgesellschaft beruft, die es nicht gibt.

Aus dem Italienischen übersetzt von Thomas Schlemmer und Hans Woller.